

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/167

2. September 1971

Neue Wege der Entwicklungshilfe

Spitzenverbände der Wirtschaft bieten ihre Unterstützung an

Von Prof. Dr. Karl-Heinz Sohn
Staatssekretär im Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 1 und 2 / 79 Zeilen

Hier scheiden sich die Geister

Die CSU, Siegfried Zoglmann und die CDU

Seite 3 / 38 Zeilen

Sportförderung wichtiger als Prestigedenken

Goldmedaillen sind nicht ausschlaggebend

Seite 4 / 49 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredakteur: Dr. E. Eckart
Verantwortlich für den Inhalt: A. Eder
5300 Bonn B, Heussallee 2-10
Postfach: 9159
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80-37-38
Telefax: 226 546/698-247
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Neue Wege der Entwicklungshilfe

Spitzenverbände der Wirtschaft bieten ihre Unterstützung an

Von Prof. Dr. Karl-Heinz Sohn

Staatssekretär im Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Den meisten Entwicklungsländern fehlt zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation neben ausreichendem Kapital ein geeignetes Management. Obgleich zwischen 1950 und 1967 das industrielle Wachstum jährlich durchschnittlich sieben vH. erreichte, ist der Anteil der Industrie an den Volkseinkommen der einzelnen Länder mit rund 20 vH. noch sehr gering. Die Entwicklungsstrategie der Vereinten Nationen fordert deshalb für die Entwicklungsländer ein jährliches Wachstum des gewerblichen Sektors von acht vH.

Es liegt auf der Hand, daß dieses Ziel nur erreicht werden kann, wenn die Errichtung und Leitung von Industriebetrieben nach rationellen Gesichtspunkten erfolgt. So müssen die optimale Standortwahl, eine sorgfältige Prüfung der langfristigen Absatzmöglichkeiten, die günstigste Kombination der Produktionsfaktoren, die Wahl des zweckmäßigsten Produktions- und Fertigungsverfahrens, eine reibungslose Organisation sowie die strenge Kontrolle der Produktqualitäten von vornherein gesichert sein, sollen neue Betriebe nicht in Konkurs geraten. Es gibt heute in den Entwicklungsländern eine hinreichende Zahl von Beispielen dafür, wie knappes Kapital unrational eingesetzt wird und die Budgets belastet statt sie zu entlasten.

In den meisten Fällen liegt die Ursache dafür in schlechter Unternehmensführung, gelegentlich auch im Mangel an geeignetem sonstigen Fachpersonal.

Die Bundesregierung will nunmehr verstärkt ihren Beitrag zur Beseitigung solcher Engpässe leisten. Dabei stößt sie sowohl auf relativ günstige Voraussetzungen auf dem deutschen Markt an Führungskräften als auch auf die Unterstützung der deutschen Wirtschaft. Schon vor Jahresfrist hatten sich die Vorstände der größten deutschen Industrieunternehmen - unter ihnen Daimler-Benz, Mannesmann, Krupp, Volkswagen, Bayer Leverkusen, BASF, Bosch, DEMAG und Siemens - bereiterklärt, führende Nachwuchskräfte befristet für Managementaufgaben in Projekten der deutschen Entwicklungshilfe freizustellen. Inzwischen hat sich diese Zusammenarbeit als für beide Seiten überaus fruchtbar erwiesen. Nunmehr ist auch der zweite Schritt eingeleitet worden. - Maßgebliche Vertreter der deutschen Industrie erklärten sich bereit, die im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (PMZ) tätige Carl-Duisberg-Gesellschaft bei der Bildung eines "Beraterkorps der deutschen Wirtschaft" zu unterstützen. Die Bundesre-

gierung begrüßt dieses Angebot. Sie wird mit allen Kräften die Errichtung dieses neuen Zweiges deutscher Entwicklungshilfe unterstützen. Dies soll dadurch geschehen, daß nicht mehr aktiven Führungskräften der Wirtschaft, die mit den Verhältnissen in Entwicklungsländern vertraut sind, im Rahmen der Technischen Hilfe Planungs-, Organisations- und Leitungsaufgaben für Projekte der deutschen Entwicklungshilfe übertragen werden. Soweit Entwicklungsländer darüber hinaus die Beratung durch deutsches Management wünschen, soll auch dies möglich werden. Eine solche Regelung bietet den Vorteil, noch durchaus leistungsfähigen, in der Bundesrepublik jedoch schon durch jüngere Kräfte ersetzten, Managern eine neue Aufgabe zu geben, gleichzeitig aber die Managementlücke in den Entwicklungsländern zu schließen.

Den dritten Schritt schließlich bilden die Ausbildungsmaßnahmen der Carl-Duisberg-Gesellschaft und der Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer. Obgleich unternehmerische Führungsqualitäten nur bedingt erlernbar, sondern im wesentlichen persönlichs- und soziokulturell bedingt sind, lassen sich gewisse Techniken und Erfahrungen durchaus vermitteln. Künftige Manager aus Entwicklungsländern sollen deshalb in begrenzter Zahl und stark praxisbezogen in die Aufgaben eines fortschrittlichen Managements eingeführt werden, um später als Assistenten der deutschen Betriebsleiter den letzten Schluß zu bekommen. Ziel dieser Maßnahmen ist es, Counterparts für die Übernahme der Betriebe durch einheimische Führungskräfte heranzubilden.

Neben dem "Expertenleasing", dem "Beraterkorps der deutschen Wirtschaft" und der Ausbildung einheimischer Führungskräfte sollen die Führungsprobleme der Entwicklungsländer dadurch gelöst werden, daß die schon bisher von der Deutschen Entwicklungsgesellschaft (DEG) wahrgenommene Aufgabe der zeitweiligen Übernahme der gesamten unternehmerischen Verantwortung für ein Projekt intensiviert wird. Die DEG übernimmt etwa für eine mit deutschen Mitteln errichtete Textilfabrik die gesamte finanzielle, fertigungstechnische, absatzwirtschaftliche und personelle Verantwortung. In einer Reihe von Fällen ist dies schon mit Erfolg geschehen.

Mit diesem Strauß von Maßnahmen stellt sich die deutsche Entwicklungshilfe auf die wachsenden Bedürfnisse der Entwicklungsländer nach personeller Hilfe auf hohem Niveau ein.

(-/ra/2.9.1971/ks)

Hier scheiden sich die Geister

Die CSU, Siegfried Zoglmann und die CDU

In zwei Wochen - nach Ende der Sommerpause des Bundestages - werden die Abgeordneten wieder an ihre Bonner Arbeitsplätze zurückkehren. Unter ihnen wird auch einer sein, der der Fraktionsführung der CDU/CSU bereits eine Menge Kopfzerbrechen bereitet hat. Siegfried Zoglmann, der Vorsitzende der neuen Rechtsgruppierung "Deutsche Union". Seit seinem spektakulären Austritt aus der FDP-Fraktion gewährt ihm die Union Gastrecht. Doch nach der Gründung der "pittoresken Kleinigkeit" DU durch Zoglmann rumort es in den Reihen der CDU/CSU-Fraktion. Zu Recht wiesen CDU-Abgeordnete darauf hin, daß es zumindest ungewöhnlich sei, den Vorsitzenden einer anderen konkurrierenden Partei als Hospitanten zu dulden, gleichsam die Schlange an eigenen Busen zu nähren.

Dagegen verspricht sich der bayerische Teil der Oppositionsfraktion von der Zusammenarbeit mit der DU offenbar einiges. Die CSU hat im Gegensatz zur CDU das Angebot der Splittergruppe, ein Wahlbündnis für 1973 zu schließen, nicht abgelehnt. Falls die CSU den Zoglmannern in Bayern zu drei Wahlkreisen verhilft, kämen die Landeslisten der DU im gesamten Bundesgebiet zum Zuge. Franz Josef Strauß hätte dann eine bundesweite CSU unter falscher Flagge.

Verständlich also, daß die CSU sich im Juni heftig dagegen wehrte, das Hospitantenverhältnis von Zoglmann zu lösen. Unwidersprochenen Berichten zufolge drohte Strauß sogar mit dem Bruch der Fraktionsgemeinschaft, falls die Entscheidung der CDU gegen seinen EU-Schützling ausfallen sollte. Unter diesem massiven Druck handelte die Union damals wie immer, wenn es um die zunehmenden Auseinandersetzungen mit dem großen Vorsitzenden FJS geht: Die Lösung des Problems wurde zunächst einmal verschoben.

Inzwischen hat sich der Streit zwischen CDU und CSU verschärft, wie die gegensätzlichen Aussagen zur Währungspolitik, zur Ostpolitik und zur Führungsfrage zeigen. Strauß' Stellung scheint sich dabei verschlechtert zu haben. Das zeigte der Beschluß des CDU-Präsidiums zur Währungspolitik. Offenbar ist die CDU nicht mehr bereit, den ost- und wirtschaftspolitischen Amokläufen ihres Fraktionskollegen Strauß zu folgen. Ob der CSU-Vorsitzende von der nichtbayerischen Union aber tatsächlich gestoppt werden kann, wird die Entscheidung im Fall Zoglmann zeigen. Sie muß zum Beginn der Herbstsitzungszeit des Bundestages fallen.

(kl/wr/2.9.1971/ks)

+ + +

Sportförderung wichtiger als Prestigedenken

Goldmedaillen sind nicht ausschlaggebend

Von der Tatsache, daß Medaillen, die von Sportlern auf Rasen, Aschenbahn und in Sportarenen erzielt werden, das internationale Image eines Landes mitbestimmen, spricht man nicht nur in den prestigebewußten Ostblockstaaten oder den jungen afrikanischen Staaten. Als die USA in der "Kennedy-Ära" dem "russischen Sportbären" zu unterliegen drohten, appellierte Kennedy an den Sportethos von Schwarz und Weiß in den Vereinigten Staaten. Frankreichs damaliger Staatspräsident de Gaulle sprach nach den Olympischen Spielen 1968 gar von einer "nationalen Schande" als die "Gand Nation" sportlich auf den Stand eines "Sportentwicklungs-Landes" zurückfiel.

Nachdem Frankreich bei den X. Leichtathletik Europameisterschaften in Helsinki hinter der DDR, UdSSR, der Bundesrepublik und vor der CSSR "lediglich" den vierten Platz belegte, wurde auch Staatspräsident Pompidou mit der internationalen Sportposition Frankreichs befaßt. Premier Chaban-Delmas, einer der sportlich perfektsten Regierungschefs der Welt, meinte bei der Vorlage eines neuen Sportförderungsplanes für den Zeitraum bis 1975: "Der Sport ist eine nationale Ambition." In England fürchten die Sportverantwortlichen insgeheim ebenso wie in Frankreich einen negativen Ausgang der olympischen Bilanz. Wenn die X. Europameisterschaften in Helsinki für die Briten ein Maßstab war, sieht es tatsächlich einigermaßen kläglich aus. Der einen Goldmedaille für Großbritannien stehen beispielsweise 12 der DDR entgegen.

Das Rechenspektakulum wird erst dann perfekt, wenn man die Bevölkerungszahlen den Erfolgen im Leistungssport zugrunde legt. Die Relation von rund 17 Millionen DDR-Bürgern und 245 Millionen Sowjetmenschen beinhaltet mehr politische Brisanz als es den Anschein hat. Von den anderen "Bruderstaaten" der DDR ganz zu schweigen. Polen ist vor allem innerhalb der letzten zehn Jahre international in den Bereich der Mittelmäßigkeit abgerutscht. Der Leistungsabstand zwischen der DDR, UdSSR und der Bundesrepublik gegenüber den anderen europäischen Nationen hat sich erheblich vergrößert. Der deutsch-deutsche Vergleich ist - gewollt oder ungewollt - ganz eindeutig zur innerdeutschen Wirklichkeit geworden. Nun wäre es geradezu töricht, würde die Bundesrepublik permanent den sportlichen Ausgang von Wettkämpfen zum politischen Bestandteil einer Bilanzierung DDR-BRD machen. Dies muß auch für die Olympischen Spiele 1972 gelten, die innenpolitisch für die Bundesrepublik nur einen Sinn haben können, wenn sie sich indirekt in einer breiten Welle der Sportförderung für alle Bereiche - und nicht nur des Leistungssports - fortsetzen. Wenn in diesem Jahr Bund, Länder und Gemeinden in der Bundesrepublik etwa 1,1 Milliarden Mark für Sportstättenbau und Sportförderung ausgeben, so muß man auch von den Organisationen des Sports erwarten, daß sie ihre gesellschaftspolitische Aufgabe so erfüllen, damit der Steuerzahler die Gewissheit erhält: eine umfassende Sportförderung - insbesondere des Schulsports - hat mehr Bedeutung als nur billiges Prestigedenken. "Auch" der Leistungssportler ist "nur Mensch" - auf Roboter des Sports sollten wir gern verzichten.

Ernst Dieter Schwickler
(- / wr / 2.9.1971 / bgy)